

# Gemeinde Südlohn

## Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Haupt- und Finanzausschuss  
vom: 27.01.2016

10. Sitzungsperiode / 03. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 22:13 Uhr

### Anwesenheit:

#### I. Mitglieder:

1. Bürgermeister Herr Christian Vedder
2. Herr Robert Bratus
3. Herr Hermann-Josef Frieling
4. Herr Ingo Plewa
5. Herr Michael Schichel
6. Frau Christel Sicking
7. Herr Heinrich Icking
8. Herr Günter Bergup
9. Frau Karin Schmittmann
10. Frau Rita Penno
11. Herr Rolf Stödtke
12. Herr Maik van de Sand

Vertreter/in für:

Herr Klemens Lüdiger

#### II. Entschuldigt:

1. Herr Klemens Lüdiger

#### III. Verwaltung:

1. AL 20 -Herr Martin Wilmers
2. stv. AL 20 -Frau Birgit Küpers

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

## I. Öffentlicher Teil:

### TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 29.04.2015 werden nicht erhoben. Sie ist damit anerkannt.

**Beschluss:** -/-

### TOP 2.: Haushalt

#### 2.1.: Änderungen im Haushaltsplan 2016

**Sitzungsvorlage-Nr.: 7/2016**

Die Beratung soll wie in den Vorjahren produktweise erfolgen, wobei über die Änderungen separat beschlossen wird. Die verkürzte Version des Haushaltes dient nur zur Besprechung. Rechtlich verbindlich ist die Langversion.

**Beschluss:** -/-

#### 2.2.: Beratung der Ergebnis- und Finanzpläne innerhalb der Produktbereiche

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

### I. Beratung des Produktplanes

Buchungsstelle	Bezeichnung	HH-Ansatz alt	HH-Ansatz neu
----------------	-------------	------------------	------------------

#### Produkt 11.01.01 – Politische Gremien und Verwaltungsführung, Recht, Präsentation

Auf Nachfrage der **Grüne-Fraktion** wird erläutert, dass die Lohnkostenzuschüsse der Bundesagentur für Arbeit (11.01.414700) ausgelaufen sind und daher keine weiteren Mittel eingeplant werden.

11.01.01.549410	Repräsentationsaufwendungen	13.300 €	6.300 €
42.02.01.549410	Zuschüsse zur Bürgerpreisverleihung	0 €	7.000 €

Die **CDU-Fraktion** beantragt, den Aufwand für die Bürgerpreisverleihung in Höhe von 7.000 € woanders zu veranschlagen. Über die Ausgestaltung der Mittel zur Stärkung der Ehrenamtsarbeit (z.B. durch Einführung der Ehrenamtskarte) ist im Fachausschuss zu beraten.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Die Haushaltsmittel für die Bürgerpreisverleihung in Höhe von 7.000 € werden aus der Buchungsstelle 11.01.01.549410 ausgegliedert und als Mittel zur Vereinsförderung auf der Buchungsstelle 42.02.01.549410 veranschlagt.

#### Produkt 11.02.01 – Dienstleistung für die Gesamtverwaltung

Die **UWG-Fraktion** fragt nach, warum die Ansätze für die Prüfung und die Versicherungen erhöht wurden. Bereits im Vorvorjahr sind für die Prüfung durch GPA und Wirtschaftsprüfer höhere Aufwendungen entstanden. Die Versicherungsbeiträge für die Pflichtunfallversicherungen sind gestiegen, da die Versicherungen die Beiträge zur Refinanzierung ihrer Defizite erhöht haben.

Die **CDU-Fraktion** regt an, alle Versicherungen auf den Prüfstand zu stellen, um günstigere Konditionen zu erzielen. Der **Kämmerer** erläutert, dass eine umfangreiche Prüfung zuletzt 2010 stattgefunden hat und auch demnächst wieder erfolgen soll. Zudem werden selbstverständlich bei Abschluss von Neuverträgen immer mehrere Alternativangebote eingeholt.

DK 700	sächliche Verwaltungsausgaben	170.000 €	155.000 €
--------	-------------------------------	-----------	-----------

Die **CDU-Fraktion** beantragt, die Mittel im Deckungskreis 700 um pauschal 15.000 € zu kürzen. Die Sachkontenliste des Jahres 2015 zeigt, dass hier noch Potential vorhanden ist. Der **Kämmerer** erläutert, dass in diesem Deckungskreis seit 2009 bereits ca. 16 TEUR eingespart wurden. Unter anderem wurden die Kosten für Büromaterial um 50 % gesenkt, für Porto um 36 % usw.. Gerade dieser Deckungskreis wird sehr sparsam bewirtschaftet. Eine Einsparung der Mittel dient immer zur Ergebnisverbesserung. In 2016 sind die Mittel sehr knapp gewählt. Eine Kürzung dürfe nicht dazu führen, dass zum Jahresende nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung stehen.

**Beschluss:** **11 Ja-Stimmen**  
**1 Nein-Stimme**

Die Mittel im Deckungskreis 700 werden pauschal um 15.000 € gekürzt. Die Verteilung auf die entsprechenden Buchungsstellen wird der Entscheidung der Verwaltung überlassen. Es wird schon jetzt klargestellt, dass durch die Kürzung die Handlungsfähigkeit der Verwaltung nicht eingeschränkt werden soll, und eine etwaige Überschreitung hingenommen werden muss. Eine Überschreitung des Deckungskreises wird durch die Kämmererei mitgeteilt.

11.03.01.456200	Säumniszuschläge	8.000 €	12.000 €
-----------------	------------------	---------	----------

Die **Grüne-Fraktion** stellt fest, dass die Säumniszuschläge seit 2009 einen Betrag von 14 TEUR nie unterschritten haben. Der Ansatz sollte entsprechend hoch gesetzt werden.

Der **Kämmerer** weist darauf hin, dass es problematisch sei, Einnahmen zu verplanen, die man nicht sicher hat. Im Bereich der Säumniszuschläge ist durch gutes Forderungsmanagement eine Einnahmeverringering nicht auszuschließen.

Die Fraktionen sind sich einig, dass aufgrund der Erfahrungssätze der Ansatz auf 12.000 € erhöht werden kann.

**Beschluss:** **11 Ja-Stimmen**  
**1 Enthaltung**

Der Ansatz für die Säumniszuschläge wird von 8.000 € auf 12.000 € erhöht.

### **Produkt 11.05.01 – Organisationsangelegenheiten und technikerunterstützte Informationsverarbeitung**

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** wird mitgeteilt, dass aufgrund des breiten Aufgabenspektrums umfangreiche Spezialsoftware, vor allem für die Buchhaltung und im Bauamt, erforderlich ist. Der Markt für diese Programme ist begrenzt, so dass sie auch relativ teuer sind.

Durch die Wartungsverträge sind die Firmen verpflichtet, die Programme auf einem gesetzeskonformen Stand zu halten. Sie werden in der Regel auf 5 Jahre mit jährlicher Verlängerung abgeschlossen.

Jede Kommune hat inzwischen ihre „eigene“ Software, so dass ein Umstieg und Zusammenschluss mit anderen Kommunen – gerade im Bereich Finanzen – aufgrund des hohen Konvertierungsaufwandes kaum wirtschaftlich ist.

Auf Nachfrage der **Grüne-Fraktion** wird mitgeteilt, dass der Aufwand für die Anmietung von Geräten (11.05.01.54220) in erster Linie für die Kopierer anfällt, die nicht im Eigentum der Gemeinde stehen.

Die **CDU-Fraktion** fragt nach geplanten Softwareprojekten. Für 2016/2017 ist ein Wechsel des Dokumentenmanagementsystems vorgesehen. Der vorhandene Anbieter nimmt keine Weiterentwicklung mehr vor. Dies ist jedoch aufgrund der Anforderungen an das e-government dringend erforderlich. Verhandlungen mit 2 Anbietern laufen zurzeit und werden in einer der kommenden Ratssitzungen vorgestellt. Eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen oder dem Kreis ist laut Auskunft des **Bürgermeisters** in diesem Bereich denkbar. Der alte Wartungsvertrag wurde bereits gekündigt.

### Produkt 11.06.01 – Bauhof

11.06.01.523400	Fahrzeugreparaturen	15.000 €	15.000 €
-----------------	---------------------	----------	----------

Auf den Vorschlag der **CDU-Fraktion**, den Ansatz um 3.000 € zu kürzen wird entgegnet, dass dieser gegenüber dem Vorjahr bereits von 25 TEUR um 10 TEUR reduziert wurde und eine weitere Kürzung nicht möglich sei.

**Beschluss:** **Kenntnisnahme**

11.06.01.528110	Betriebsstoffe	20.000 €	16.000 €
-----------------	----------------	----------	----------

Die Sachkontenliste 2015 weist ein Ist von ca. 16 TEUR aus. Wegen der sinkenden Benzinpreise beantragt daher die **CDU-Fraktion**, den Ansatz um 4.000 € zu kürzen.

**Beschluss:** **11 Ja-Stimmen**  
**1 Nein-Stimme**

Der Ansatz für die Betriebsstoffe wird von 20 TEUR um 4 TEUR auf 16 TEUR gekürzt.

11.06.01/5004.782600	Fahrzeugbeschaffung Bauhof	113.000 €	113.000 €
----------------------	----------------------------	-----------	-----------

Die **UWG-Fraktion** ist der Meinung, dass der Gesamtbetrag in den Buchungsstellen 11.06.01/5002.782600 und 11.06.01/5004.782600 durchaus von 121 TEUR auf 100 TEUR reduziert werden kann. Der Markt zeigt, dass ein guter Gebrauchtsclepper für 60 TEUR und nicht für 80 TEUR zu haben ist. Auch beim Pritschenwagen, der mit 30 TEUR eingeplant ist, ist eine Reduzierung möglich.

Im Laufe der Diskussion stellt sich heraus, dass zunächst einmal ein Anforderungsprofil vor allem hinsichtlich der Leistung und der zu erwartenden Betriebsstunden für eine Neuanschaffung erstellt werden sollte. Da bereits im letzten Jahr noch ein großer Schlepper angeschafft wurde, sollte der jetzt anzuschaffende Schlepper nicht überdimensioniert werden.

Der **Kämmerer** gibt zu bedenken, dass bei der Anschaffung von gebrauchten Schleppern immer auch mit einem höheren Reparaturaufwand zu rechnen ist. Dieser ist aber sehr knapp kalkuliert.

Der **Bürgermeister** schlägt vor, die Buchungsstelle mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Mittel sollen erst freigegeben werden, wenn die Anforderungen und das Preisspektrum im Bauzuschuss bzw. Rat vorgestellt worden sind.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Die Buchungsstelle 11.06.01/5004.782600 wird mit einem Sperrvermerk versehen. Eine Freigabe der Mittel erfolgt durch den Bauausschuss. Diesem sind dazu in der nächsten Sitzung das Anforderungsprofil und das Preisspektrum für die Fahrzeugbeschaffungen vorzustellen.

11.06.01/6005.785130	Bauliche Maßnahmen	12.000 €	12.000 €
----------------------	--------------------	----------	----------

Nach Ansicht der **CDU-Fraktion** soll zumindest die Frontseite des Zaunes erneuert werden. Ob ein weiterer Bedarf besteht, soll nach örtlicher Prüfung entschieden werden. Auf Vorschlag des **Kämmerers** wird ein entsprechender Sperrvermerk beschlossen.

**Beschluss: Einstimmig**

Die Buchungsstelle 11.06.01/6005.785130 wird mit einem Sperrvermerk versehen. Eine Freigabe der Mittel erfolgt durch den Bauausschuss. Zuvor soll sich der Bauausschuss im Rahmen einer Ortsbesichtigung ein Bild über den Umfang der notwendigen Maßnahme verschaffen.

Der **Kämmerer** bedankt sich bei der CDU-Fraktion für den Hinweis, dass bei den Buchungsstellen 11.06.03.441130 und 11.06.03.441131 Ertrag und Einzahlung nicht identisch sind. Dies ist ein Eingabefehler, der korrigiert wird.

**Produkt 11.07.01 – Liegenschaftsmanagement**

Die **UWG-Fraktion** erkundigt sich danach, ob wg. der Anmietung von Wohnraum für Flüchtlinge hier nicht Änderungen erfolgen müssten.

Der **Kämmerer** erläutert, dass rückwirkend ab 01.01.2016 die Anmietung von Wohnraum für Flüchtlinge – genauso wie der Erwerb von Häusern - über ein separates Produkt beim Grundstücks- und Immobilienbetrieb abgewickelt wird.

**Beschluss: Kenntnisnahme**

**Produkt 12.02.01 – Brandbekämpfung und Brandschau**

12.02.01.531920	Zuschuss an die Freiwillige Feuerwehr	2.400 €	3.400 €
-----------------	---------------------------------------	---------	---------

Dem Ausschuss wurde die geplante Erhöhung des Zuschusses für die Feuerwehr erläutert. Hier wurden zusätzlich 1.000 EUR für die Mitgliederwerbung (Jugendfeuerwehr und Nachwuchskräfte) beantragt.

**Beschluss: Einstimmig**

Der Ansatz in der Buchungsstelle 12.02.01.531920 wird von 2.400 € auf 3.400 € erhöht.

Die **SPD-Fraktion** erkundigt sich nach der Notwendigkeit der Fenstererneuerung, da das Gebäude noch nicht so alt ist. Der **Kämmerer** erläuterte, dass die Holzfenster des inzwischen 20 Jahre alten Gebäudes verrottet und abgängig sind.

Die **Grüne-Fraktion** fragt nach der Notwendigkeit der Zeltanschaffung, veranschlagt mit 4.000 € in der Buchungsstelle 12.02.01/5006.782600 (Verbesserung der technischen Schutzausrüstung).

Laut Auskunft von **AM Frau Sicking** wird dieses in erster Linie benötigt, damit sich die Feuerwehrleute auch vor Ort bei einem Einsatz umziehen können. Außerdem ist die Anschaffung für die anstehenden Werbeveranstaltungen als Informationsstand sinnvoll.

Der abgängige Stromerzeuger (10 TEUR für Neuanschaffung) kann nicht repariert werden.

Bei der in 12.02.01/5002.782600 eingeplanten Kehrmaschine handelt es sich um eine Ersatzbeschaffung.

**Produkt 21.01.01 – St. Vitus Grundschule und  
Produkt 21.01.02 – von-Galen-Grundschule**

21.01.01.543932	Förderung Interreg-Projekt „Junge Nachbarsprache“	0	4.000 €
21.01.02.543932		0	4.000 €

Dem Ausschuss wurde die geplante Maßnahme sowie der hierfür erforderliche Zuschuss erläutert.

**Beschluss: Einstimmig**

Für das Projekt „Junge Nachbarsprache“ erhalten die Grundschulen jeweils 4.000 €.

21.01.01.527160	Lehrmaterialien für die integrative Förderung	1.500 €	2.000 €
21.01.02.527160		1.500 €	2.000 €

Die Ansätze wurden gegenüber dem Vorjahr um 500 € gesenkt, da die Mittel nie benötigt wurden. Die **Grüne-Fraktion** schlägt vor, den Ansatz in der alten Höhe zu belassen, um hier Mittel für die Förderung der Flüchtlinge zu erhalten.

**Beschluss: Einstimmig**

In den Buchungsstellen 21.01.01.527160 und 21.01.02.527160 werden die Ansätze auf 2000 € erhöht.

Die **CDU-Fraktion** erkundigt sich, wie die Mittel in den Buchungsstellen 21.01.01.523602 und 21.01.02.523602 bewirtschaftet werden. Sie fragt, ob diese nicht gestrichen werden könnten und nur bei Bedarf ein Ansatz eingeplant wird.

Der **Kämmerer** erläutert, dass diese Mittel vom Bauamt auf Antrag der Schulen vergeben werden. Es werden hiervon Beschaffungen finanziert, die sich vorher nicht planen lassen (z.B. bei Abgang von Einrichtungsgegenständen). Ein Streichen wäre daher nicht zielführend.

21.01.01/6002.785110	Umbauarbeiten Turnhalle-St. Vitus Schule	57.000 €	32.000 €
----------------------	--	----------	----------

Die **Grüne-Fraktion** beantragt, den Ansatz um 25.000 € zu kürzen. Dies sei möglich, wenn anstelle der aufwendig geplanten Umrüstung auf LED-Technik (40 TEUR) lediglich die LED-Röhren ausgetauscht würden.

**Beschluss: 11 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung**

Bei der Beleuchtung soll nur ein Austausch der Röhren erfolgen. Hierdurch kann der Ansatz von 57 TEUR auf 32 TEUR reduziert werden.

21.01.01.531917	Schulsozialarbeit (BuT)	9.000 €	9.000 €
-----------------	-------------------------	---------	---------

Die **Grüne-Fraktion** stellt fest, dass der Ansatz in den vergangenen Jahren nie in Anspruch genommen wurde und erkundigt sich nach den Gründen. Diese sind nicht bekannt. Der **Kämmerer** schlägt vor, evtl. ersparte Mittel in diesen Buchungsstellen für die integrative Förderung von Flüchtlingen zu verwenden.

**Beschluss: Einstimmig**

Die Mittel, die nicht für die eigentliche Schulsozialarbeit benötigt werden, können für die integrative Förderung von Flüchtlingen verwendet werden.

**Produkt 21.01.03 – GHS Roncalli**

Die **Grüne-Fraktion** hat den Eindruck, dass die Konten 543200, 543300 und 544931 bei den Schulen regelmäßig überschritten werden. Hierzu wird erklärt, dass diese Konten Bestandteil des Deckungskreises „Schulbudget“ sind. Der Deckungskreis wird nicht überschritten.

21.01.03/6002.785110	Umbauarbeiten an der Turnhalle	55.000 €	55.000 €
----------------------	--------------------------------	----------	----------

Auf Nachfrage der **Grüne-Fraktion** erläutert der **Bürgermeister**, dass es sich bei dem Ansatz für 2016 lediglich um die Planungskosten für die Haustechnik handelt. Hierfür besteht nach seiner Kenntnis kein Sperrvermerk. Die Planung sei als Entscheidungsgrundlage notwendig. Die Bauausführung soll je nach Zuschusslage erfolgen. Die Heizungssteuerung ist abgängig und kann nicht repariert werden.

Auch die **CDU-Fraktion** ist der Auffassung, dass für die Maßnahmen (Haustechnik) ein Sperrvermerk vorhanden war.

Der **Bürgermeister** schlägt einen Sperrvermerk vor.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Die Buchungsstelle 21.01.03/6002.785110 wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Anmerkung: Ein Sperrvermerk für die Planungskosten bestand nicht. Sie waren im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2015 zunächst mit 20 TEUR angesetzt worden. In der Sitzung am 21.01.2015 hat der Haupt- und Finanzausschuss die Maßnahme nach 2016 verschoben. Die Mehrkosten entstehen dadurch, dass für 20 TEUR nur die Planungskosten einer evtl. bauausführenden Firma abgedeckt waren. Die gewünschte Planung durch ein neutrales Büro verursacht erheblich höhere Kosten.

25.01.01.531920	Zuschuss an kulturelle Vereine	8.700 €	11.200 €
-----------------	--------------------------------	---------	----------

Der **Kämmerer** erläutert, dass die mit der Sitzungsvorlage eingeplante Erhöhung dadurch entsteht, dass hier auch die Gaskosten für das Probengebäude in Oeding veranschlagt werden.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Der Ansatz in der Buchungsstelle 25.01.01.531920 wird von 8.700 € auf 11.200 € erhöht.

Die **Grüne-Fraktion** erkundigt sich danach, warum die Versicherungsbeiträge für die Mühle Menke übernommen werden. Sie sieht die Gefahr, dass andere Denkmaleigentümer ähnliche Ansprüche geltend machen könnten. Auch fragt sie nach der Möglichkeit, durch Wechsel der Versicherung den Beitrag zu reduzieren.

Es wird erläutert, dass es sich bei der Mühle um ein ortsbildprägendes Denkmal handelt und der seinerzeitige Eigentümer die Anbringung der Flügel Anfang der 80er Jahre unter der Voraussetzung geduldet hat, dass die Gemeinde die Versicherung übernimmt. Dies sei eine Sonderregelung gewesen, auf die sich andere Eigentümer nicht berufen können. Die Versicherung dieses Sonderbauwerkes sei schwierig, und wurde von Anfang an von einem ortsansässigen Versicherungsvertreter übernommen.

Die **CDU-Fraktion** erkundigt sich danach, ob die Aktivitäten im Bereich der Mühle Menke einmal dem Kulturausschuss vorgestellt werden können. Diese Anregung wird angenommen.

25.02.01.531400	Zuschuss an die Volkshochschule	32.000 €	30.300 €
-----------------	---------------------------------	----------	----------

Der **Kämmerer** erklärt, dass die mit der Sitzungsvorlage eingeplante Kürzung durch die neueste Mitteilung der VHS möglich sei. Die Erstattung des Vorjahresguthabens erfolgt über die Buchungsstelle 25.02.01.448910 anhand einer Spitzabrechnung, die jedoch immer erst sehr spät vorliegt.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Der Zuschuss auf der Buchungsstelle 25.02.01.531400 wird von 32.000 € auf 30.300 € reduziert.

25.02.03.531950	Zuschuss an die Bücherei	39.000 €	38.000 €
-----------------	--------------------------	----------	----------

Die Reduzierung erfolgte aufgrund der Mitteilung der Bücherei, dass Personal- und Energiekosten eingespart werden können.

**Beschluss: Einstimmig**

Der Zuschuss auf der Buchungsstelle 25.02.03.531950 wird von 39.000 € auf 38.000 € reduziert.

25.02.04.525390	Erstattung an die Stadt Stadtlohn (1/3 Personal- kosten Archivar)	24.000 €	25.100 €
-----------------	--	----------	----------

Der **Kämmerer** erläutert, dass durch einen Eingabefehler der Aufwand zu niedrig angegeben war.

**Beschluss: Einstimmig**

Der Ansatz der Buchungsstelle 25.02.04.525390 wird von 24.000 € auf 25.100 € erhöht.

**Produkt 31.03.01 – Hilfen nach SGB und AsylbLG**

Die **Grüne-Fraktion** erkundigt sich danach, warum 800 TEUR eingeplant sind, obwohl eine Erhöhung durch die geplante Änderung der Pauschalen auf ca. 1,1 Mio. möglich wäre.

Der **Kämmerer** erläutert, dass zurzeit nur eine definitive Zusage des Landes über 800 TEUR vorliege. Die Pauschale von 10 TEUR/Flüchtling ist noch nicht beschlossen und stößt auch teilweise auf Widerstand. Die Entwicklung in diesem Bereich ist mit so vielen Unwägbarkeiten versehen, dass ein Puffer hier durchaus Sinn macht.

Die von der **UWG-Fraktion** angeregte Möglichkeit, Klage einzulegen, wird als nicht zielführend erachtet. Zum einen wird dies einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen. Ab 2017 ist auch bereits eine Verbesserung der Finanzierung vorgesehen. Darüber hinaus ist für Februar geplant, zunächst den Städten Asylbewerber zuzuweisen, die ihr Soll noch nicht erfüllt haben. Dadurch werden auch die anderen Kommunen teilweise entlastet.

Die **UWG-Fraktion** kritisiert, dass der Kreis für diesen Zweck seine Rücklage – zu Lasten der Gemeinden – aufstockt. Sie ist überrascht, dass die Bürgermeister zu diesem Vorgehen ihre Zustimmung erteilt haben.

Der **Kämmerer** erläutert, dass die Kreisumlage sehr niedrig ist. Der Kreis hat diese in den vergangenen Jahren so sehr abgeschmolzen, dass er von der Bezirksregierung angehalten wird, diese nicht weiter zu reduzieren, da sonst das Haushaltssicherungskonzept droht.

Auch für den Kreis ist die Situation der Flüchtlingsproblematik schwer kalkulierbar. Baut er also keinen entsprechenden Puffer auf, könnte dies eine Reduzierung der Rücklage zur Folge haben.

**Produkt 36.01.01 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung**

36.01.01.531917	Bildungsarbeit in Kindergärten	10.000 €	15.000 €
-----------------	--------------------------------	----------	----------

Die **Grüne-Fraktion** regt an, den Ansatz für Flüchtlinge um 5.000 € zu erhöhen. Die **CDU-Fraktion** entgegnet, dass bisher die 10 TEUR für die „Glühwürmchen“-Gruppe gut angelegt waren und dieses Projekt in der bestehenden Form gut läuft. Sie sieht in der Aufstockung der Mittel für Flüchtlinge die Gefahr, dass darunter auch die Arbeit in der „Glühwürmchen“-Gruppe leiden könnte. Die dort beschäftigten Mitarbeiter könnten nicht ohne weiteres noch zusätzliche Aufgaben übernehmen.

Sie ist grundsätzlich mit der Aufstockung der Mittel einverstanden, legt jedoch großen Wert darauf, dass dies getrennt von der bisherigen Arbeit erfolgt und ein eigenes Projekt in dieser Buchungsstelle ausgewiesen wird. Ein derartiges Projekt sollte in der nächsten Schulausschusssitzung vorgestellt werden und die Mittel bis dahin mit einem Sperrvermerk versehen werden.

**Beschluss: Einstimmig**

In der Buchungsstelle 36.01.01.531917 werden zusätzliche Mittel in Höhe von 5.000 € für die Betreuung von Flüchtlingen eingeplant. In dieser Höhe wird der Ansatz mit einem Sperrvermerk versehen. Ein entsprechendes Projekt soll zunächst dem Schulausschuss in seiner nächsten Sitzung vorgestellt werden.

36.01.01/6008.785100	Umbau der Kindergärten für die U 3 Betreuung	50.000 €	50.000 €
----------------------	--	----------	----------

Die **CDU-Fraktion** äußert ihren Unmut darüber, dass erst so weit nach dem Abschluss der Bauarbeiten eine Abrechnung erfolgt. Zudem sei es ungünstig, dass die Zentralrendantur erst so kurz vor der Sitzung die Baukostenüberschreitung mitteilt, dass die Abrechnung gar nicht mehr bewertet werden kann.

Der **Bürgermeister** schlägt vor, den Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen. Im zuständigen Ausschuss soll die Zentralrendantur ihre Abrechnung erläutern, so dass dann über das weitere Vorgehen entschieden werden kann.

**Beschluss: Einstimmig**

Der Ansatz von 50 TEUR in der Buchungsstelle 36.01.01/6008.785100 wird mit einem Sperrvermerk versehen. Die Zentralrendantur soll in der nächsten Ausschusssitzung die Abrechnung erläutern, so dass dann über die Verwendung der Mittel beraten und beschlossen werden kann.

### Produkt 36.02.01 – Offene Jugendarbeit und Kinderspielplätze

36.02.01.531995	Betriebskostenzuschüsse für Jugendheime	57.220 €	69.220 €
-----------------	---	----------	----------

Der **Kämmerer** erläutert die mit der Sitzungsvorlage eingebrachte Erhöhung des Ansatzes.

**Beschluss: Einstimmig**

Der Ansatz der Buchungsstelle 36.02.01.531995 wird von 57.220 € auf 69.220 € erhöht.

Die **Grüne-Fraktion** erkundigt sich nach dem Stand des Projektes Sozialraumgestaltung und offene Jugendarbeit, das vom Kreis Borken gefordert wird.

Der **Bürgermeister** nimmt den Arbeitsauftrag zur Ausführung des Projektes an und sichert zu, dass die Möglichkeiten in diesem Bereich dem Schulausschuss in seiner nächsten Sitzung vorgestellt werden.

### Produkt 42.01.01 – Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen

42.01.01.543920	Sportentwicklungsplanung	0	5.800 €	10.000 € VE
-----------------	--------------------------	---	---------	-------------

Der Ansatz für die Sportentwicklungsplanung wurde entsprechend des vorliegenden Angebotes eingestellt. Er setzt sich zusammen aus dem Los 1 über 5.800 €, das in erster Linie die Sportplätze betrifft, und dem Los 2 für die übrigen Sportanlagen (10 TEUR).

Es stellt sich für die Fraktionen die Frage nach einer sinnvollen Vorgehensweise, auch in Zusammenhang mit dem integrierten Handlungskonzept. Klar ist, dass diese Planungen zwar haushalterisch voneinander getrennt sind, jedoch inhaltlich und zeitlich ineinandergreifen.

Zusätzlich stellt sich die Frage nach der Sanierung des Hartplatzes. Die **CDU-Fraktion** macht deutlich, dass sie sich aufgrund der vergangenen Entwicklungen hier im Wort sieht. Das integrierte Handlungskonzept sollte zunächst erstellt werden, um dann die Sportentwicklungsplanung anzuschließen.

Die **Grüne-Fraktion** hält eine vorrangige Sanierung des Hartplatzes nicht für sinnvoll. Es besteht die Gefahr, dass später durch die Sportentwicklungsplanung festgestellt wird, dass diese Maßnahme nicht erforderlich gewesen wäre.

Diese Gefahr sieht der **Bürgermeister** nicht. Der Hartplatz wird für eine durchgängig ganzjährige Spielbarkeit benötigt. Dies kann durch die übrigen 5 Rasenplätze nicht gewährleistet werden.

Die **CDU-Fraktion** weist darauf hin, dass die Idee der Sportentwicklung zur Zeit des Beschlusses über den Hartplatz noch nicht bekannt war. Sie schlägt weiterhin vor, zunächst den Platz zu sanieren, dann die integrierte Handlungsplanung und erst in 2017 Sportentwicklungsplanung durchzuführen.

Die **UWG-Fraktion** teilt die Sorge, dass eine Sanierung des Hartplatzes Fakten schafft. Eine Verknüpfung von Sportentwicklungsplanung mit integriertem Handlungskonzept sieht sie als schwierig an, da dadurch die Sportentwicklungsplanung untergehen könnte. Diese sollte jedoch auch im Interesse des Gemeindegemeinschaftsverbandes zügig angegangen werden.

Der Vorschlag der **Grüne-Fraktion**, die Lose für die Sportentwicklungsplanung separat für 2016 und 2017 zu vergeben ist aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht sinnvoll. Eine Streckung auf 2 Jahre sollte nach Auskunft des **Kämmerers** über eine Verpflichtungsermächtigung erfolgen. So kann der Gesamtauftrag 2016 vergeben werden, die 10 TEUR für das Los 2 wären jedoch erst im nächsten Jahr fällig.

Die **CDU-Fraktion** befürwortet eine Streckung. Das Los 2 sei auch teilweise ein Schulthema, das in diesem Jahr überhaupt noch nicht geregelt werden könne.

**Beschluss: Einstimmig**

Die Sportentwicklungsplanung wird auf die Haushaltsjahre 2016 (Los 1) und 2017 (Los 2) verteilt. Dies ist mit dem Gutachter entsprechend zu vereinbaren.

42.01.01/6912.785300	Baumaßnahmen Sportplatz Südlohn	37.000 €	45.000 €
----------------------	---------------------------------	----------	----------

Die **Grüne-Fraktion** möchte die Baumaßnahme bis zur Durchführung des Los 1 der Sportentwicklungsplanung verschieben und dies über einen Sperrvermerk sicherstellen. Der **Kämmerer** macht deutlich, dass eine Vergabe dieser Baumaßnahme nicht ohne vorherigen Beschluss des Rates erfolgen wird, so dass daher ein Sperrvermerk überflüssig sei.

Der **Bürgermeister** macht darauf aufmerksam, dass das Los 1 – auch wenn sich das Gutachten über 2 Jahre ziehen wird – zügig durchgeführt werden soll.

**Beschluss: Einstimmig**

Der Ansatz für die Baumaßnahmen am Sportplatz Südlohn in der Buchungsstelle 42.01.01/6912.785300 wird von 37 TEUR auf 45 TEUR erhöht.

**Produkt 51.01.01 – Regional- und Bauleitplanung**

51.01.01.414215	Zuschüsse für Entwicklungskonzepte	0 €	20.000 €
51.01.01.543920	Integriertes Handlungskonzept	0 €	52.500 €

Die Verwaltung erläutert die Änderungen.

Die **CDU-Fraktion** macht deutlich, dass Zuschüsse nach dem ELER-Programm ihrer Kenntnis nach nur für die Biodiversitätsstrategie – nicht für das integrierte Handlungskonzept - möglich seien. Für die Biodiversitätsstrategie trägt die Gemeinde bei Gesamtkosten von 25.000 € einen Eigenanteil von 5.000 €, so dass der Zuschuss sich auf 20.000 € belaufen würde. Die 25.000 € sind jedoch in der Aufwandsbuchungsstelle - wie sie jetzt dem HFA dargestellt wurde - noch nicht enthalten. Diese umfasst nur die Kosten für das integrierte Handlungskonzept (27.500 €). Der Aufwand wird sich somit auf insgesamt 52.500 € belaufen.

**Beschluss: 10 Ja-Stimmen  
2 Enthaltungen**

Der Ansatz für die Buchungsstelle 51.01.01.414215 wird auf 20 TEUR festgesetzt, für 51.01.01.543920 auf 52.500 €. In diesem Produkt werden die Aufwendungen und Erträge für das Integrierte Handlungskonzept und die Biodiversitätsstrategie veranschlagt. Die Durchführung der Biodiversitätsstrategie wird von der Zuschussbewilligung abhängig gemacht. Daher wird der Betrag in Höhe von 25 TEUR mit einem Sperrvermerk versehen.

### Produkt 53.01.01 – Strom, Gas, Wasser

Die **CDU-Fraktion** weist auf ihren Antrag für die Beleuchtung des Radweges entlang der K 21 zur nächsten Ratssitzung hin. Die **Grüne-Fraktion** unterstützt diesen Antrag. Der verbindende Radweg zwischen den Ortsteilen ist – auch im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Sportanlagen sehr wichtig.

Der **Bürgermeister** erläutert, dass zur Zeit die Straßenbeleuchtungsverträge mit der SVS überarbeitet werden. Hierbei wird dann geprüft, ob dieser Antrag dort noch einfließen kann. Ebenso wird die Umstellung auf LED geprüft.

### Produkt 53.03.01 – Abwasserbeseitigung

53.03.01/6402.785100	Um- und Ausbaumaßnahmen	0 €	25.000 €
----------------------	-------------------------	-----	----------

Der **Kämmerer** erläutert die Notwendigkeit für diesen Ansatz. Neben der technischen Erneuerung ist auch eine anwaltliche Beratung eingeplant.

**Beschluss:** **11 Ja-Stimmen**  
**1 Enthaltung**

Kosten für die Sanierung der 132 Hauspumpwerke im Außenbereich werden auf der Buchungsstelle 53.03.01/6402.785100 veranschlagt. Es sind 25.000 € für das Jahr 2016, weitere 22.500 € für 2017 und 20.000 € für 2018 einzuplanen. Neben der technischen Sanierung soll hier auch anwaltlich geprüft werden, ob die bestehenden Verträge mit den Anschlussnehmern gekündigt werden können, so dass die Pumpwerke künftig im Eigentum der Anlieger stehen.

Die **CDU-Fraktion** erkundigt sich danach, ob ein Antrag auf Reduzierung der Abwasserabgabe (Buchungsstelle: 53.03.01.539110) gestellt wurde. Der **Kämmerer** erläutert, dass dies regelmäßig bei der Erklärung zur Abwasserabgabe gemacht wird.

Auf Nachfrage der **UWG-Fraktion** wird mitgeteilt, dass sämtliche Straßenbaulastträger die Regenwassergebühr entsprechend der gemeindlichen Satzung – und nicht im Rahmen vertraglicher Regelungen – zahlen.

### Produkt 53.02.01 – Abfallbeseitigung

Die **CDU-Fraktion** erkundigt sich nach etwaigen Erlösen für verwertbare Schrottabfälle. Diese haben sich auch nach der Umstellung der Abfuhr auf Kartensystem im Jahr 2015 nicht eingestellt.

### Produkt 54.01.01 – Bereitstellung und Betrieb von Verkehrsflächen, besondere Ingenieurbauten

54.01.01/5003.782100	Anschaffung von Software	0 €	0 €
----------------------	--------------------------	-----	-----

Die Verwaltung erläutert, dass dieses Programm vor allem durch die vereinfachte Dokumentationsmöglichkeit der Rechtssicherheit dient und den Verwaltungsaufwand für die gemeindlichen Mitarbeiter erheblich reduzieren könnte. Das Programm wird für die Dokumentation sämtlicher Bäume im Gemeindeeigentum benötigt. Hiervon nicht betroffen sind die Bäume im Oedinger Busch.

Die **UWG-Fraktion** sieht wie im Vorjahr keinen Nutzen in dieser Anschaffung. Sie stellt den Antrag auf Streichung dieser Mittel.

**Beschluss:** **9 Ja-Stimmen**  
**1 Nein-Stimme**  
**2 Enthaltungen**

Die vorgeschlagene Anschaffung der Software zur Dokumentation der Baumkontrolle wird abgelehnt. Es werden hierfür keine Mittel eingestellt.

54.01.01.723251	Unterhaltung der Wirtschaftswege	125.000 €	50.000 €
-----------------	----------------------------------	-----------	----------

Der **Kämmerer** weist darauf hin, dass es sich hier nur um die Änderung der Finanzbuchungsstelle handelt. Der Aufwand ändert sich nicht, da hierfür die Inanspruchnahme der Rückstellungen geplant ist.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Der Ansatz der Finanzbuchungsstelle 54.01.01.723251 wird auf 50 TEUR reduziert.

54.01.01.523220	Unterhaltung Brücken	45.000 €	22.500 €
-----------------	----------------------	----------	----------

Die **CDU-Fraktion** stellt den Antrag, den Ansatz nach Schadensklassen zu kürzen.

Die **Grüne-Fraktion** schlägt vor, für das Jahr 2016 die Sanierung der Brücken 14 und 27 und für 2017 die Sanierung der Brücken 25, 28 und 32 vorzunehmen. Insgesamt soll die Sanierung auf den Finanzplanungszeitraum bis 2019 gestreckt werden. In 2018 und 2019 sind ebenfalls jeweils 22.500 € einzuplanen.

**Beschluss:** **Einstimmig**

In der Buchungsstelle 54.01.01.523220 werden Haushaltsmittel von jeweils 22.500 € bis zum Jahr 2019 veranschlagt. Im Jahr 2016 soll die Sanierung der Brücken 14 und 27, in 2017 die Sanierung der Brücken 25, 28 und 32 vorgenommen werden.

54.01.01/6211.785220	Ausbau von Wirtschaftswegen	0 €	0 €
----------------------	-----------------------------	-----	-----

Hier wird nicht der Ansatz geändert, sondern lediglich entsprechend des Beschlusses des Bauausschusses vom 03.12.2015 eine Verpflichtungsermächtigung für 2017 in Höhe von 88 TEUR eingeplant.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Für 2017 wird in der Buchungsstelle 54.01.01/6211.785220 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 88 TEUR eingeplant.

### **Produkt 56.01.01 – Ausgleichs- und Ersatzflächen**

56.01.01.472220	Bestandsveränderung an fertigen Erzeugnissen	0 €	54.170 €
56.01.01.528120	Erwerb von Ökopunkten	0 €	54.170 €

Der Ankauf der Ökopunkte erfolgt ergebnisneutral, da mit dem Aufwand auch eine Bestandsveränderung veranschlagt wird.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Ein Ansatz von jeweils 54.170 € wird auf den Buchungsstellen 56.01.01.472220 und 56.01.01.528120 eingeplant.

**Produkt 57.01.01 – Wirtschaftsförderung**

57.01.01.531800	Zuschuss Gewerbeschau	7.500 €	8.925 €
-----------------	-----------------------	---------	---------

Es liegt ein Antrag des SOMIT e.V. vor, nach dem für die Finanzierung der Gewerbeschau zusätzlich 1.425 € benötigt werden.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Der Ansatz auf der Buchungsstelle 57.01.01.531800 wird von 7.500 € auf 8.925 € erhöht.

57.01.01.549300	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen	850 €	1.000 €
-----------------	---	-------	---------

Die Erhöhung wird wegen der Neuordnung der Vereinsförderung ab 2016 – auch für die Finanzplanjahre – erforderlich.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Der Ansatz auf der Buchungsstelle 57.01.01.549300 wird ab 2016 für den Finanzplanungszeitraum von 850 € auf 1.000 € erhöht.

**Produkt 61.01.01 – Steuern, allgemein Zuweisungen, Umlagen**

61.01.01.402100	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	3.166.000 €	3.235.000 €
61.01.01.402200	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	531.000 €	447.000 €
61.01.01/0500.681200	Investitionspauschale	541.800 €	583.500 €

Die Erhöhung in den Ertragsbuchungsstellen ergibt sich aus den neuesten Hochrechnungen. Die Investitionspauschale wird um Mittel des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes erhöht. Die damit zu finanzierenden Investitionsmaßnahmen dürfen zwar noch bis zum 31.12.2018 ausgedehnt werden. Dies ist jedoch nicht vorgesehen.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Der Anteil an der Einkommensteuer (61.01.402100) wird mit 3.235.000 €, an der Umsatzsteuer (61.01.01.402200) mit 447.000 € festgesetzt.

Die Investitionspauschale (61.01.01/0500.681200) wird um die Mittel des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes auf 583.500 € erhöht.

**Produkt 61.01.02 – sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**

Der **Kämmerer** weist darauf hin, dass die Kredithöhe den beschlossenen Änderungen angepasst werden muss. Der Betrag kann jedoch erst nach Einpflegung aller Änderungen ermittelt werden.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Die Höhe der Kreditaufnahme wird den in dieser Sitzung beschlossenen Änderungen angepasst.

**2.3.: Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 für die Gemeinde Südlohn**

**Sitzungsvorlage-Nr.: 142/2015**

Der **Kämmerer** erläutert, dass zwar unter 2.2 sämtliche Änderungen im Haushaltsplan beschlossen worden sind. Zusätzlich ist jedoch auch eine Beschlussfassung über die nicht von den Änderungen berührten Planungsstellen und Teilergebnis-/und – finanzpläne erforderlich.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Die nicht von den Änderungen betroffenen Planungsstellen sowie die sich daraus ergebenden Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne des Haushaltsplanentwurfes 2016 werden beschlossen.

Ferner ist ein Beschluss über den Gesamtergebnis- / und –finanzplan zu fassen.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Der Gesamtergebnisplan sowie der Gesamtfinzplan werden in der überarbeiteten Fassung, sowie sie sich aus den zuvor beschlossenen Änderungen ergeben, beschlossen.

Es ist ein Beschluss über die Haushaltssatzung zu fassen.

Die **SPD-Fraktion** erkundigt sich, ob dies möglich ist, da ja die Höhe der Hebesätze zur Zeit nicht bekannt sei. Es wird erläutert, dass die Angabe der Hebesätze in der Haushaltssatzung nur deklaratorischen Charakter hat. Maßgebend ist die Festsetzung in der Hebesatzsatzung.

Die **UWG-Fraktion** kann wegen der vielen Veränderungen noch keinen endgültigen Beschluss über die Haushaltssatzung fassen. Hier soll zunächst in der Fraktion noch bis zur Ratssitzung weiter beraten werden.

Die **Grüne-Fraktion** führt an, dass sich wegen des noch zu beschließenden Stellenplanes und sich dort etwa ergebender Änderungen auch die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan noch ändern könnten.

**Beschluss:** **10 Ja-Stimmen**  
**2 Enthaltungen**

Die Haushaltssatzung für 2016 wird in der überarbeiteten Fassung beschlossen.

#### **2.4.: Beratung und Beschluss über den Stellenplan 2016**

##### **Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

Die **Grüne-Fraktion** beantragt, die zusätzliche Stelle im Bereich Soziales mit einer Befristung zu versehen, wie es auch andere Städte (z.B. Rhede) getan haben.

Der **Bürgermeister** erklärt, dass auf Kreisebene nach seiner Kenntnis lediglich 3 Kommunen diese Stellen befristet ausschreiben. Derartige Stellen sind zur Zeit ausreichend – auch in größeren Kommunen mit besseren Perspektiven und Aufstiegschancen - zu bekommen. Insbesondere in kleinen Gemeinden wie Südlohn wird eine derartige Stelle mit einer Befristung für viele unattraktiv.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass eine Verwaltungskraft mit Ausbildung für den gehobenen Dienst gesucht wird. Auszubildende, die als Anwärter für diese Stelle in Frage kommen, sind nicht vorhanden. Absolventen eines freiwilligen sozialen Jahres kommen für die Verwaltungstätigkeit nicht in Frage. Für die Integrationsarbeit wird nach anderen Lösungen gesucht.

Der **Kämmerer** weist darauf hin, dass die angekündigten 250 Asylbewerber evtl. künftig eine Residenzpflicht haben und voraussichtlich auch länger bleiben werden. Dies wird sich nicht innerhalb der nächsten 3 Jahre erledigen. Darüber hinaus hat die Gemeinde bereits jetzt Schwierigkeiten, Auszubildende gewinnen zu können.

Die **UWG-Fraktion** kann den Argumenten gegen eine Befristung folgen. Sie weist zudem darauf hin, dass die Personalkosten in den letzten Jahren gesenkt wurden und für 2016 noch 100 TEUR unter dem Ansatz von 2014 liegen.

Nach langer Diskussion, in denen die Argumente für und gegen eine Befristung ausgetauscht werden, wird über den Stellenplan abgestimmt.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, den Stellenplan in der vorgelegten Fassung zu beschließen.

**TOP 3.:      **Satzung zur 4. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Südlohn (Hebesatz-Satzung)****

**Sitzungsvorlage-Nr.: 128/2015**

Die **CDU-Fraktion** spricht sich dafür aus, den Hebesatz der Grundsteuer A auf 300 Punkte, der Grundsteuer B auf 480 Punkte – nicht wie von der Verwaltung vorgeschlagen auf 520 Punkte – und den Hebesatz für die Gewerbesteuer um 2 Punkte auf den fiktiven Hebesatz zu erhöhen. Um für die Unternehmer und auch für Neuansiedlungen attraktiv zu bleiben, sollte der Hebesatz nicht weiter erhöht werden, zumal auch die Grundstückspreise relativ hoch sind.

Der **Bürgermeister** und der **Kämmerer** weisen mit Nachdruck darauf hin, dass die Gemeinde dringen Liquidität benötigt. Die Liquiditätsdarlehen in Höhe von z.Z. 3 Mio. sind ein Damoklesschwert für die Gemeinde. Bei steigenden Zinsen werden sich fehlende Einnahmen schnell rächen. Liquiditätsdarlehen sollten eigentlich nicht erforderlich sein, da der Einnahmebedarf für den konsumtiven Bereich durch eigene Einnahmen erzielt werden müssten.

Hinsichtlich der Hebesätze sollte das Ziel sein, diese lange stabil zu halten. Im nächsten Jahr nochmal eine Erhöhung zu beschließen, wäre nicht sinnvoll.

Diese Meinung teilt die **UWG-Fraktion**. Zwar sind Steuererhöhungen nie angenehm, aber es ist besser, einmal stark anzuheben, als ständig kleine Erhöhungen zu beschließen. Mehreinnahmen sind dringend erforderlich, um den Haushalt zu sanieren und ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden. Hiermit sollen keine zusätzlichen Ausgaben oder Projekte finanziert werden.

Der **Kämmerer** weist darauf hin, dass eine Anhebung der Grundsteuer B sinnvoller sei als eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Letztere ist nicht so gut planbar, so dass trotz Erhöhung des Steuersatzes effektiv die Einnahmen sinken könnten.

Die **CDU-Fraktion** schließt sich der Auffassung der **Grüne Fraktion** an, die Entscheidung über die Hebesätze im Rat zu treffen.

**Beschluss:** **Einstimmig**

Die Beratung und Beschlussfassung über die Satzung zur 4. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Südlohn (Hebesatz-Satzung) erfolgt in der kommenden Ratssitzung.

**TOP 4.:      **Mitteilungen und Anfragen****

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

Es gab nichts mitzuteilen. Anfragen wurden nicht gestellt

**Beschluss:** **-/-**